

Die Kommission

DIETRICH ROMETSCH

Zumindest drei Ereignisse waren für die innere Funktionsweise und die äußere Perzeption der Kommission in den vergangenen Monaten von nachhaltiger Bedeutung: Die verschiedenen Referenden zum Maastrichter Unionsvertrag in Dänemark (2. 6. 1992 und 15. 5. 1993), Irland (18. 6. 1992) und Frankreich (20. 9. 1992) – und hier insbesondere das Scheitern des ersten Referendums in Dänemark –, die Vollendung des Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992 und die Neubesetzung der EG-Kommission für die Interimszeit von zwei Jahren sowie damit einhergehend das sich abzeichnende Ende der Ära Delors. Nach Jahren eines gewissen "Booms", hervorgerufen durch das Binnenmarktprogramm und den "Delors-Faktor"¹, war die Kommission an einem Wendepunkt angelangt und mußte sich zum ersten Mal intensiv mit ihrem Image in der Öffentlichkeit auseinandersetzen². Die tiefere Problematik für die Kommission war dabei, daß die Gemeinschaft insgesamt mit einer wachsenden Akzeptanzkrise konfrontiert wurde und der schon überwunden geglaubte Begriff der "Eurosclerose"³ in den Printmedien wieder aufgegriffen wurde, für deren Thematisierung die Kommission nicht unverantwortlich zu sein schien.

Trotzdem hat die Kommission eine ungebrochene Arbeitsdynamik an den Tag gelegt. 1992 wurden 6.591 Rechtsakte verabschiedet gegenüber 6.130 im Jahr 1991. Der Bericht der Kommission "Die Erweiterung Europas: eine neue Herausforderung"⁴ auf dem Lissaboner Gipfel, die Verabschiedung des sogenannten "Delors-II-Paketes", die von der Kommission initiierte "Wachstumsinitiative"⁵ auf dem Gipfel in Edinburgh und das von Delors auf dem Kopenhagener Gipfel vorgestellte "Acht-Punkte-Programm"⁶ zur Belebung der Wirtschaft in der Gemeinschaft gaben Zeugnis von der Handlungsfähigkeit der Brüsseler Behörde. Jedoch konnten diese Aktivitäten nicht verschleiern, daß angesichts der wirtschaftlichen Rezession eine gewisse Machtverschiebung zugunsten der Mitgliedstaaten stattgefunden hat und mit Blick auf die Schaffung der Europäischen Union die Kommission in der Zukunft zunehmend mit der Frage der Reform ihrer Strukturen und Arbeitsweise konfrontiert sein wird.

Funktions- und Arbeitsweise: Kritik und Reformbedürftigkeit

Der nicht neue Vorwurf, eine anonym arbeitende "Technokratie" zu sein, hat in jüngerer Zeit an Schärfe gewonnen und erlangte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rezession in Europa und den zunehmenden Verteilungskämpfen eine neue Dimension. "Brüssel" wurde nicht mehr bloß für alles Negative ver-

antwortlich gemacht wie in der Vergangenheit, sondern an "Brüssel" wurde die grundsätzliche Frage gerichtet, weshalb ein anonymer und undemokratischer Beamtenapparat Unterstützung finden und zunehmend Kompetenzen erhalten soll, der die Vollendung des Binnenmarktes gepriesen hat, aber dessen wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand ausgeblieben sind⁷. Ob französische Bauern, deutsche Stahlarbeiter oder dänische Fischer: in den Wirtschaftsbereichen, in denen die EG-Kommission weitreichende Kompetenzen hat und die von der Wirtschaftsflaute stark betroffen sind, wird heftige Kritik laut und der Vorwurf geäußert, daß die anstehenden Probleme von der Kommission nicht gelöst werden. Dahinter steht die grundsätzliche Frage, inwieweit eine in Brüssel zentralisierte Bürokratie dazu überhaupt gewillt und in der Lage ist.

Die wachsende Kritik und das Ausbleiben positiver wirtschaftlicher Resultate ließen darüber hinaus das Augenmerk auf die Strukturen und die Arbeitsweise der Kommission richten. Bei der Neubesetzung der EG-Kommission im Dezember 1992 konnte zwar festgestellt werden, daß viele der neuen Kommissare ehemalige Minister sind und in EG-Angelegenheiten Erfahrung haben, jedoch ließen die Aufteilung der Ressorts und das Management innerhalb der Kommission zu wünschen übrig. Im Bereich der Außenbeziehungen wurde eine viel kritisierte Dreiteilung vorgenommen zwischen der Außen- und Sicherheitspolitik, die dem neuen EG-Kommissar Hans Van den Broek untersteht, den Außenwirtschaftsbeziehungen unter Sir Leon Brittan und der Entwicklungspolitik, die von Manuel Marín geleitet wird. Dadurch entstand nicht nur eine ungleichgewichtige Aufgabenverteilung, sondern wurden auch Kompetenzüberschneidungen verursacht, die eine effiziente Arbeitsweise und eine kohärente Gestaltung der Außenbeziehungen der Kommission schon im Ansatz unmöglich zu machen scheinen. Die beiden deutschen Kommissare wurden bei der Neuverteilung der Aufgaben mit "wenig Glanz" bedacht⁸: Die Finanzen bleiben in den bewährten Händen von Peter Schmidhuber und Martin Bangemann kümmert sich fortan um die Industriepolitik, wo wenig Lorbeeren zu gewinnen sein werden, da sich in diesem Bereich insbesondere die Bundesrepublik gegen eine zu große Einmischung aus Brüssel sperrt. Verlierer der neuen Kommission ist der ehemalige portugiesische Außenminister João de Deus Pinheiro, der im Vergleich zu seinen Kollegen ein "Nicht-Ressort" erhielt und – offiziell, um die Transparenz der Gemeinschaft zu erhöhen – künftig für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament sowie für Kultur, Fernsehen und Information zuständig sein wird.

In der Folge von Maastricht wurde auf der Ebene der Generaldirektionen (GD) eine erste Umstrukturierung vorgenommen. So wurde in Reaktion auf die GASP eine neue Generaldirektion IA eingerichtet, die sich im wesentlichen aus dem ehemaligen EPZ-Personal des Generalsekretariats zusammensetzt und die für die Außenpolitik zuständig sein wird. Aber es gab auch Anzeichen von Schwächen im Management und es drangen Gerüchte über interne Streitigkeiten nach außen. So war der spanische Generaldirektor der GD V (Sozialpolitik) offenbar nicht in der Lage, mit seinem neuen Vorgesetzten, dem irischen Kommissar Flynn, in Englisch zu kommunizieren und mußte gehen⁹. Der deutsche Generaldirektor

<i>Die Mitglieder der EG-Kommission</i>		
Name	Ressort	Bisherige Tätigkeit
Jacques Delors (F)	Generalsekretariat, Währungsfragen, Sprechergruppe, juristischer Dienst	1981–1983 französischer Wirtschafts- und Finanzminister; 1983–1984 Minister für Wirtschaft, Finanzen, Haushalt; seit 1985 Präsident der EG-Kommission
Henning Christophersen (DK)	Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik	1978–1979 Außenminister; 1982–1985 Finanzminister; seit 1985 Vizepräsident der EG-Kommission
Manuel Marín (E)	Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe	1982–1985 Staatssekretär für Europafragen; seit 1986 Vizepräsident der EG-Kommission
Martin Bangemann (D)	Industriepolitik, Informationstechnik, Telekommunikation	1984–1988 Wirtschaftsminister; seit 1989 Vizepräsident der EG-Kommission
Sir Leon Brittan (GB)	Außenhandel, wirtschaftliche Beziehungen zu Nordamerika, Japan, China, Mittel- und Osteuropa einschließlich GUS	1983–1985 Innenminister; 1985–1986 Handels- und Industrieminister; seit 1989 Mitglied der EG-Kommission, seit Juli 1993 Vizepräsident
Karel van Miert (B)	Wettbewerb, Personal, Verwaltung	1985–1988 Mitglied des belgischen Parlaments; seit 1989 Mitglied der EG-Kommission, seit Juli 1993 Vizepräsident
Abel Matutes (E)	Verkehr, Energie und Euratom	1982 Mitglied des spanischen Parlaments; seit 1986 Mitglied der EG-Kommission
Peter Schmidhuber (D)	Haushalt und Finanzkontrolle	1978–1987 Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten; seit 1987 Mitglied der EG-Kommission
Christiane Scrivener (F)	Steuern und Verbraucherpolitik	1979–1989 MEP; seit 1989 Mitglied der EG-Kommission
Bruce Millan (GB)	Regionalpolitik	1976–1979 Minister für Schottland; 1983–1988 Wahl in das Unterhaus; seit 1989 Mitglied der EG-Kommission
Hans Van den Broek (NL)	Außen- und Sicherheitspolitik, Erweiterungsverhandlungen	1982–1992 Außenminister; seit 1993 Mitglied der EG-Kommission
João de Deus Pinheiro (P)	Information, Kommunikation, Beziehungen zum Europäischen Parlament; Audiovisuelles und Kultur	1984–1986 Minister für Bildung und Kultur; 1987–1992 Außenminister; seit 1993 Mitglied der EG-Kommission
Pádraig Flynn (IRL)	Soziales und Beschäftigung, Fragen der Einwanderungs-, Innen- und Justizpolitik	1987–1991 Umweltminister; 1992 Justizminister und Minister für Industrie und Handel; seit 1993 Mitglied der EG-Kommission
Antonio Ruberti (I)	Wissenschaft und Forschung, Bildung und Jugend	1988–1992 Minister für Forschung und Hochschule; seit Juli 1993 Vizepräsident der EG-Kommission
René Steichen (L)	Landwirtschaft	1989 Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung; Ministre délégué für Kultur und Forschung; 1993 Mitglied der EG-Kommission
Oannis Paleokrassas (GR)	Umwelt, nukleare Sicherheit, Fischerei	1981 Wirtschaftsminister; 1990–1992 Finanzminister; seit 1993 Mitglied der EG-Kommission
Raniero Vanni d'Archirafi (I)	Binnenmarkt und Mittelstand, Finanzinstrumente, institutionelle Fragen	Botschafter; 1989 Generaldirektor im Außenministerium; seit 1993 Mitglied der EG-Kommission

der Generaldirektion VIII (Entwicklungspolitik) quittierte aufgrund von Differenzen mit dem für die Entwicklungspolitik zuständigen Kommissar Marín den Dienst. Problematisch war dabei nicht nur, daß die Kommission erfahrene Beamte verlor, sondern auch, daß durch die Kompetenzüberlappungen der Ressorts noch junge und unerfahrene Kabinette Prestigekämpfe gegeneinander ausfochten und dadurch der erfahrene Beamtenapparat bei der Formulierung von EG-Rechtsakten außen vor blieb und wichtige Koordinationsarbeit zwischen den Kommissaren und den Generaldirektionen nicht stattfand¹⁰.

Hinzu kam, daß die EG-Kommission wegen der angespannten Haushaltslage im Frühjahr 1993 erstmals wieder einen Einstellungsstopp verhängen mußte und damit die angespannte Personalsituation – Mitte 1993 waren ca. 900 Stellen des höheren Dienstes vakant – weiter verschärft wurde. In Anbetracht der Ausweitung der Aufgabenstellungen – vor allem im Bereich der Struktur- und Regionalpolitik – und dem Hinzukommen von neuen Aufgaben – vor allem durch die Koordinierung der Wirtschaftshilfe in Mittel- und Osteuropa und in der GUS – wird die restriktive Personalpolitik auf Dauer nicht fortgesetzt werden können, ohne daß dadurch schwerwiegende Konsequenzen für die Funktionsfähigkeit und Effizienz der Kommission in zentralen Aufgabenbereichen auftreten werden. Das Argument fehlender Haushaltsmittel erscheint dabei insofern vorgeschoben zu sein, als sich die Kommission gerade im Rahmen der PHARE-Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Staaten durch kostenträchtige Unteraufträge mit Sachverständigen und Beratern den Vorwurf einhandelte, Geld zu verschwenden. Auch wurde vom Europäischen Rechnungshof Kritik an der Wirksamkeit der Strukturfonds geübt, die von der EG-Kommission verwaltet werden¹¹.

Vor diesem Hintergrund scheint eine Reform der Kommission dringend geboten, wobei bis jetzt unklar ist, welche Veränderungen genau vorzunehmen sein werden. Sicher scheint nur zu sein, daß bis zur nächsten Regierungskonferenz ein Reformkonzept erarbeitet werden muß, das die internen Schwierigkeiten der Kommission ausräumt und der sich abzeichnenden Erweiterung der Gemeinschaft Rechnung trägt.

Thematische Schwerpunkte: Erweiterung, Delors-II-Paket, Binnenmarktvollendung

Die Überlegungen der Kommission zur Erweiterung der Gemeinschaft enthielten zum ersten Mal Bedingungen und Kriterien, die von den potentiellen Neumitgliedern erfüllt werden müssen¹². Die Kommission war und ist sich darüber im klaren, daß der Beitritt der EFTA-Staaten – und das haben die Stellungnahmen der Kommission zu den verschiedenen Beitrittsanträgen zum Ausdruck gebracht – weit weniger problematisch ist als ein Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas, der "noch in ferner Zukunft liegt"¹³. Dennoch soll deren Beitritt so weit wie möglich vorbereitet und unterstützt werden, mit dem Ziel, einen "Europäischen Politischen Raum"¹⁴ zu schaffen, der zur Aufrechterhaltung von Stabilität, Frieden und Wohlstand in Europa beiträgt. Stand in den Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen von Schweden und Finnland ein "Neutrali-

tätsvorbehalt" im Mittelpunkt¹⁵, so waren die Kommentare zu den Beitrittsanträgen von Zypern und Malta mehr von politischen und wirtschaftlichen Vorbehalten geprägt, wenngleich auch Malta ein neutrales Land ist¹⁶. Generell scheint es eine Verschiebung der Position der Kommission insofern gegeben zu haben, als die sicherheitspolitischen Implikationen bei einer Erweiterung durch die Neutralen als weniger problematisch erachtet werden, als eine Erweiterung durch die "Zwerge", die eine Reihe von wirtschaftlichen und institutionellen Fragen aufwerfen, die auf der nächsten intergouvernementalen Konferenz gelöst werden müssen.

Die Verabschiedung des neuen Finanzierungspakets der Gemeinschaft – dem sogenannten "Delors-II-Paket" –, die nach harten Verhandlungen auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Edinburgh zustandekam, wurde nicht nur innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch von den EFTA-Staaten begrüßt, da es als eine der Grundvoraussetzungen für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen festgelegt worden war. Aber auch die ärmeren Mitgliedstaaten der Gemeinschaft konnten Genugtuung zeigen, da mit der deutlichen Erhöhung der Mittel für die Strukturfonds (von 20 Mrd. ECU 1993 auf 27,4 Mrd. ECU 1999¹⁷) und die Einrichtung des Kohäsionsfonds (1,5 Mrd. ECU 1993) einige der ihnen in Maastricht gemachten Versprechen eingelöst wurden. Insgesamt stellt die in Edinburgh getroffene Entscheidung eine finanzpolitische Kompromißlösung dar, mit der alle Mitgliedstaaten und die Kommission leben können und die in Anbetracht der angespannten wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Lage in den Mitgliedstaaten als ein Handlungserfolg der Gemeinschaft betrachtet werden kann. Zwar wird die Obergrenze der Eigenmittel der Gemeinschaft bis 1999 nur auf 1,27% angehoben – die Kommission hatte ursprünglich 1,37% bis 1997 vorgeschlagen – jedoch konnte sich die Kommission in den externen Politikbereichen durchsetzen, wo die Mittel von 3,9 Mrd. ECU 1993 auf 5,6 Mrd. ECU 1999 angehoben wurden. Im Bereich der Mittel für strukturpolitische Maßnahmen (Strukturfonds und Kohäsionsfonds) wird die Anhebung zwischen 1993 und 1999 über 40% betragen. Damit wurde der von der Kommission geforderten deutlichen Erhöhung der Strukturmittel gefolgt. Kommissionspräsident Delors zeigte sich auch zufrieden, da die Vorstellungen seiner Behörde zu den Finanzen der Gemeinschaft in Edinburgh "zu 85% berücksichtigt worden (waren)"¹⁸.

Die Vollendung des Binnenmarktes war zum Jahreswechsel 1992/1993 im großen und ganzen als realisiert erklärt worden. Die 282 im Weißbuch der Kommission von 1985 genannten Vorhaben waren am 1. Januar 1993 zu 95% in verbindliches EG-Recht verwandelt worden, wobei 77% der beschlossenen Maßnahmen in Kraft getreten waren¹⁹. Damit war nach 35 Jahren einer der Gründungsaufträge der Römischen Verträge erfüllt worden – eine Leistung, die im wesentlichen ein Verdienst der Kommissionsarbeit der zurückliegenden sieben Jahre unter Jacques Delors ist. Trotz der besonderen Bedeutung dieses Ereignisses für die Europäische Gemeinschaft war der Binnenmarkt in den Mitgliedstaaten relativ verhalten entgegengenommen worden. Schon im Herbst 1992 deuteten Umfrageergebnisse darauf hin, daß immer weniger EG-Bürger die Einrichtung des Binnenmarktes für positiv erachten und immer weniger Hoffnungen damit ver-

binden. Der Anteil der Befragten, die den Binnenmarkt für eine gute Sache halten, war von 48% (1991) auf 40% (1992) gefallen; gleichzeitig stieg die Zahl derjenigen, die den Binnenmarkt für eine schlechte Sache halten, von 9% auf 12%²⁰. Eine wichtige Rolle spielten dabei sicherlich die Ereignisse im zweiten Halbjahr 1992 – angefangenen vom gescheiterten dänischen Referendum, über die Währungsunruhen im Herbst bis hin zur Untätigkeit der Gemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien – die die Vollendung des Binnenmarktes überschatteten. Eine andere wichtige Rolle spielte aber auch, daß schon lange vor dem Stichtag des 31. Dezember 1992 allgemein bekannt war, daß der Binnenmarkt nicht vollständig realisiert sein würde, da wesentliche EG-Bestimmungen noch nicht in nationales Recht umgesetzt worden waren bzw. in bestimmten Bereichen (z. B. der Personenkontrollen, der Steuerharmonisierung, dem Zugang zu öffentlichen Aufträgen, dem Versicherungswesen etc.) noch keine gemeinsamen Lösungen gefunden werden konnten. Wenngleich hierfür im wesentlichen das Unvermögen des Rates bzw. die divergierenden Interessen der Mitgliedstaaten verantwortlich waren, bedeutete dies für die Kommission, daß sie nach Jahren der Anstrengung keinen richtigen Erfolg verbuchen konnte und sich wieder einmal andeutete – was Kommissionspräsident Delors schon bei anderen Gelegenheit lamentiert hatte –, daß die Kommission als "alleiniger Prügelknabe" für Unzulänglichkeiten der EG-Politik herhalten muß²¹.

Perzeption von außen: Schwindende öffentliche Unterstützung und Kritik an Delors

Die nachlassende Unterstützung in der Öffentlichkeit gegenüber den Zielen der europäischen Einigung und die wachsende Skepsis gegenüber dem Nutzen der Gemeinschaft setzten sich 1992 fort und übertrugen sich auf die Perzeption der Kommission. Hinzu kam, daß nach Jahren der Popularität Jacques Delors zum ersten Mal eine wachsende Kritik an der Politik der von ihm geleiteten Behörde und an seiner Person hinnehmen mußte. Das Arbeitsprogramm der Kommission war in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments im Februar 1993 heftig attackiert worden. Die Kritik richtete sich gegen die als unzureichend empfundenen Maßnahmen der Brüsseler Behörde im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, und es wurde moniert, daß konkrete Antworten der Kommission zur Verbesserung von Demokratie und Transparenz in der Gemeinschaft fehlten²². Zwar wurde der Kommission für ihre neue, zweijährige Amtszeit mit 256 gegen 84 Stimmen bei acht Enthaltungen wieder das Vertrauen ausgesprochen, jedoch war unverkennbar, daß es um die Zusammenarbeit mit dem Parlament nicht zum besten bestellt war. Im Dezember 1992 stand ein Mißtrauensvotum gegen die Kommission auf der Tagesordnung des Parlaments – das jedoch mit 354 gegen 93 Stimmen abgelehnt wurde –, in dem der Kommission der Vorwurf gemacht worden war, in den GATT-Verhandlungen die Interessen der europäischen Landwirtschaft vernachlässigt zu haben.

Als Wendepunkt für die zunehmend kritische Haltung gegenüber der Kommission kann das gescheiterte dänische Referendum im Juni 1992 bezeichnet werden.

Während die Zustimmungswerte gegenüber der europäischen Einigung von 1991 bis 1993 drastisch abgenommen hatten (von 81% auf 73%²³), war die Beurteilung der EG-Kommission erst 1992/93 rückläufig geworden (der Anteil derjenigen, die einen positiven Eindruck von der Kommission haben, nahm von 47% auf 41% im EG-Durchschnitt ab²⁴), nachdem er in den Jahren 1991/92 sogar noch leicht angestiegen war (+ 1% im EG-Durchschnitt²⁵).

Das Ende einer Ära?

Es besteht kein Zweifel, daß es im wesentlichen das persönliche Verdienst Jacques Delors' war, daß das europäische Einigungswerk seit 1985 wieder neuen Schwung erhielt²⁶, und die Kommission zu dem wurde, was sie heute ist: eine Institution, die an den Treffen der Staats- und Regierungschefs teilnimmt und deren Stimme und Ratschläge Beachtung finden²⁷. Gleichwohl haben sich die kritischen Äußerungen zur Kommission in der jüngsten Vergangenheit verdichtet und sich dabei auch direkt gegen den Kommissionspräsidenten gerichtet. Zum einen hatten die GATT-Verhandlungen und der drohende Handelskrieg mit den USA die Aufmerksamkeit auf Frankreich gelenkt, das sich dezidiert für den Schutz seiner agrarpolitischen Interessen aussprach und damit die GATT-Gespräche blockierte. Delors' Auftreten im französischen Wahlkampf und die Gerüchte um seine mögliche Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 1995 haben den Eindruck der Befangenheit Delors' an der Spitze der EG-Kommission verstärkt und nicht dazu beigetragen, das protektionistische Verhalten, das den Europäern im Welthandel vorgeworfen wird, abzubauen. Zum anderen erschien Delors' Plädoyer, den "Demokratisierungsprozeß in enger Abstimmung mit dem Europäischen Parlament voran(zu)treiben"²⁸, wenig glaubwürdig, da er – in der französischen Verwaltung groß geworden – selbst das Image eines Technokraten mit preußischen Tugenden besitzt, das wenig geeignet scheint, einen "Kreuzzug der Demokratie" in Europa zu führen²⁹. Die Anstrengungen der Kommission im Bereich der Informationspolitik und die Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung der Subsidiarität in der Gemeinschaft zeigen, daß sich die Kommission der Problematik von Demokratie und Bürgernähe in der Gemeinschaft bewußt ist. Fraglich ist, ob Jacques Delors hierfür der richtige Kommissionspräsident ist und seine Aufgabe nicht vielmehr nach der Vollendung des Binnenmarktes und den Beschlüssen von Maastricht erfüllt ist.

Anmerkungen

1 Ludlow, Peter: *The European Commission*, in: Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley (Hrsg.): *The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991, S. 85–132, hier: S. 116 ff.

2 Vgl. Überlegungen zur Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Gemeinschaft, Bericht der Expertengruppe unter dem Vorsitz von Willy De Clercq, März 1993.

3 Vgl. etwa Kommentar von Frankenberger,

- Klaus-Dieter: Die neue Eurosclerose, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 4. 1993, S. 1.
- 4 Vgl. Bulletin der EG, Beilage 3 (1992), S. 9–20.
- 5 Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Edinburgh am 11./12. 12. 1992, Erklärung zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa, Teil A, Anlage 4, abgedruckt als Dok. Nr. 3 in diesem Band.
- 6 Arbeitsdokument "Wege ins 21. Jahrhundert. Leitlinien für ein neues europäisches Wirtschaftsmodell", in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 8. 7. 1993, S. 635 f.
- 7 Zur Kritik am Binnenmarkt vgl. Marsh, David: EC is turning inward – and falling behind. The fruits of the single European Market are starting to look less healthy, in: Financial Times v. 22. 2. 1993.
- 8 Hausmann, Hartmut: Wenig Glanz für deutsche Kommissare, in: Das Parlament 2–3 v. 8./15. 1. 1993.
- 9 Financial Times v. 13. 5. 1993.
- 10 Barber, Lionel: The towering bureaucracy, in: Financial Times v. 21. 6. 1993, S. 15.
- 11 Vgl. Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs, zitiert nach FAZ v. 2. 12. 1992.
- 12 Vgl. Anm. 4.
- 13 Ebd., S. 19.
- 14 Ebd., sowie "European Commission Guidelines on the Future of Relations between the EC and Central and Eastern Europe", in: Agence Europe Documents 1814 v. 9. 12. 1992, S. 6.
- 15 26. Gesamtbericht der EG-Kommission, 1992, S. 260.
- 16 FAZ v. 1. 7. 1993 und Le Monde v. 3. 7. 1993.
- 17 Die Angabe der ECU-Beträge erfolgt zu Preisen von 1992.
- 18 FAZ v. 14. 12. 1992, S. 2.
- 19 26. Gesamtbericht der EG-Kommission, 1992, S. 36.
- 20 Vgl. Eurobarometer 38 v. Dezember 1992.
- 21 "Delors: Kommission nicht alleiniger Prügelknabe", in: VWD-Europa v. 16. 10. 1992, S. 3.
- 22 Hausmann, Hartmut: Heftige Kritik am Arbeitsprogramm der EG-Kommission, in: Das Parlament 11 v. 12. 3. 1993, S. 11.
- 23 Vgl. Eurobarometer 38 v. Dezember 1992, S. 8.
- 24 Vgl. Eurobarometer 37 v. Juni 1992 und Eurobarometer 38 v. Dezember 1992.
- 25 Vgl. Eurobarometer 36 und 37.
- 26 Vgl. Fralon, José-Alain: Jacques Delors l'européen, in: Le Monde v. 27. 6. 1992, S. 1 und 7.
- 27 Vgl. etwa Krenzler, Horst G.: Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft beim Weltwirtschaftsgipfel, in: Integration 2 (1993), S. 68–79.
- 28 Rede von Präsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament anlässlich der Debatte zur Investitur der neuen Kommission, Straßburg den 10. 2. 1993, in: Bulletin der EG, Beilage 1 (1993), S. 12.
- 29 Vgl. Mortimer, Edward: A cause without Delors. Europe must launch a "crusade for democracy", in: Financial Times v. 17. 2. 1993, S. 10.

Weiterführende Literatur

- Delors, Jacques: Das neue Europa, München/Wien 1993.
- Glatthaar, Christiane: Einflußnahme auf Entscheidungen der EG durch die Ausschüsse der EG-Kommission, in: Recht der Internationalen Wirtschaft, 38. Jg., Nr. 3, März 1992, S. 179–182.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 26. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1993.
- Ross, George: Policy Development and the Cabinet System in the Delors' Commissions, unveröffentlichtes Manuskript, vorgelegt auf der 3. Jahreskonferenz der European Community Studies Association, Washington D. C., Mai 1993.